

Fachdienst 4 - Schule, Bildung und Jugend	Sitzungsteil
Az.: 40	öffentlich

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:	Abstimmungsergebnis:
Schul- und Bildungsausschuss	10.05.2016	

Betreff:

Integration von Flüchtlingskindern an Schulen

Beschlussvorschlag:

Der Schul- und Bildungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Inhalt der Mitteilung:

Die Verwaltung informiert darüber, dass der Städte- und Gemeindebund NRW Probleme beim bestehenden Schulraum und bei der Versorgung mit Lehrkräften sowie nichtlehrendem Personal sieht. Dies teilt der StGB mit Pressemitteilung 3/2016 vom 13.01.2016 mit.

Der StGB stellt fest, dass die Integration von Flüchtlingskindern an Schulen die Kommunen als Schulträger vor Herausforderungen stellt, die ohne zusätzliche Unterstützung kaum zu bewältigen sind. Im Jahr 2016 müssten wahrscheinlich weitere 60.000 Kinder mit schulischen Angeboten versorgt werden. Einige Kommunen meldeten Schwierigkeiten, die erforderlichen Räumlichkeiten für den Unterricht, für Differenzierungsangebote sowie für offene Ganztagsangebote zur Verfügung zu stellen. "Aktuell weiß man nicht, was man den Kommunen mit Blick auf ihre Schulentwicklungsplanung raten soll", erklärte Herr Dr. Bernd Jürgen Schneider, der Hautgeschäftsführer des StGB. Völlig unklar sei, wie viele Kinder im schulpflichtigen Alter in diesem Jahr zusätzlich in die jeweilige Kommune kommen und wie viele von diesen länger dort bleiben. Denn stets sei denkbar, dass sich die Familien in andere Städte und Gemeinden orientierten. In der Regel dürfen Kommunen zusätzlichen Schulraum nur dann schaffen, wenn belegt werden kann, dass dieser für einen längeren Zeitraum benötigt wird. "Im Moment fehlen sämtliche Grundlagen für eine vernünftige Planung", fasste Schneider die Schwierigkeiten der Fachleute zusammen.

Folgende Maßnahmen müssten aus Sicht des StGB mit höchster Priorität in Angriff genommen werden:

Sprachunterricht: Entscheidend für eine reibungslose Integration und einen raschen Wechsel in eine Regelklasse ist, dass die Kinder so schnell wie möglich Deutsch lernen. In der Schule braucht es dafür Deutschlehrer mit der Zusatzqualifikation Deutsch als Fremdsprache oder Deutsch als Zweitsprache.

Personal: Bei der Gewinnung geeigneter Lehrkräfte müssen sämtliche denkbaren Wege ausgeschöpft werden. Statt der derzeit vorgesehenen rund 2.600 zusätzlichen Lehrer werden mindestens 5.000 gebraucht. Die regulären Besetzungsverfahren müssen mit Nachdruck vorangetrieben und zügig abgeschlossen werden. Für die Verwendung qualifizierter Seiteneinsteiger im Schuldienst sind formale Hürden abzubauen - etwa bei Altersgrenzen oder bei der Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen. Auch pensionierten Lehrkräften sollten attraktive Angebote zum befristeten Wiedereinstieg in den Schuldienst unterbreitet werden.

Soziale Unterstützung: Dringend erforderlich sind mehr Schulpsychologen, Sozialpädagogen und Dolmetscher.

Raumprogramm: Die Schulträger benötigen Unterstützung bei der Schaffung von Klassen- und Differenzierungsräumen sowie von Plätzen in der Offenen Ganztagschule. Hier muss sich - etwa nach dem Vorbild des erfolgreichen Programms "Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)" - auch der Bund engagieren.

Baurecht: Wo erforderlich, müssen baurechtliche Erleichterungen gewährt werden, um schnelle, pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

Volkshochschulen: Bei Sprachlernangeboten außerhalb der Schule erbringen die kommunalen Volkshochschulen exzellente Leistungen. Deshalb müssen die Mittel für Sprachkurse an Volkshochschulen aufgestockt sowie für jüngere Teilnehmende zugänglich gemacht werden.

Die Daten der gemeldeten Flüchtlingskinder in der Stadt Bedburg (Stand April 2016) sind beigefügter Tabelle zu entnehmen:

<u>Alter</u>	<u>zugewiesene Flüchtlinge</u>	<u>Institution</u>
0	5	
1	2	
2	6	
3	2	Kindergarten
4	3	Kindergarten
5	2	Kindergarten
6	2	Grundschule
7	1	Grundschule
8	0	Grundschule
9	2	Grundschule
10	1	weiterführende Schule
11	3	weiterführende Schule
12	2	weiterführende Schule
13	0	weiterführende Schule
14	3	weiterführende Schule
15	2	weiterführende Schule
16	4	weiterführende Schule
17	2	Gymnasium

Die Verwaltung wird den Ausschuss auf dem Laufenden halten.

Mögliche Auswirkungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Ja

**Bei gesamthaushaltsrechtlicher Relevanz im laufenden oder in späteren Haushaltsjahren
Mitzeichnung oder Stellungnahme des Kämmers:**

Keller
Sachbearbeiterin

Brunken
Fachdienstleiter

Solbach
Bürgermeister